

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die Illustrirte Beilage „Zeithörer“, und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Abzählweise. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Familien- und Anzeigen vom 1. März 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Abs. d. Handelsst.): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentralamt Ullstein. Ad. Dönhofs (A 7) 3606—3607 für den Fernverkehr Ad. Dönhofs 3608—3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Transfer-Kompromiß in Paris

Nur ein Teil der Annuität wird geschätzt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

in Paris, 22. Februar

Nach 14tägigen Beratungen der Sachverständigenkonferenz zeigen sich die ersten noch groben Umrisse eines neuen Reparationsplanes. Die Neuverteilung der deutschen Delegation unter Führung von Dr. Schmidt spielt in der Transferfrage. Die Deutschen legen immer wieder dar, daß ohne ein im Voraus festzulegendes Transferkonto die deutsche Wirtschaft und Währung der Aufrechterhaltung hoher Lebensleistungen aus schwerer Gefahr sei.

Die Forderung nach der Aufrechterhaltung des Transferkontos ist die französische Forderung nach einer Kommerzialisierung der Reparationspflicht gegenüber. Man hat bislang darüber verhandelt, ob, wie es namentlich die Franzosen wünschen, erst die jährlichen Reparationsleistungen festgesetzt und dann erst die Transferfrage geregelt werden sollte, oder ob man erst die Transferfrage klärt und dann die Annuitäten festsetzt. Die deutsche Auffassung: erst Transfer, dann Annuitäten, die unter den gegebenen Voraussetzungen faktisch lösbar erscheint, hat sich der Raum nach in der Reparationskonferenz durchgesetzt. In der Sache haben die Verhandlungen zu einem nachfolgenden Kompromiß geführt.

Man will noch vor der affermierung des Kompromiß der Annuitäten die Reparationen aufteilen in denjenigen Teil, der für die Kommerzialisierung, d. h. für die Verwertung der Reparationspulschuldscheine auf dem Kapitalmarkt in Frage kommt, und in einen zweiten Teil, für den der Transferverfahren in etwas veränderter Form anzuwenden sein soll. Auf Antrag Deutschlands soll ein „Comité consultatif“, ein aus internationalen Sachverständigen zusammengesetztes beratendes Komitee darüber befinden, ob dieser Teil der deutschen

Annuität bereits an die Gläubigerstaaten ins Ausland transferiert werden darf.

Die französische Währungsfrage verhält sich zu diesem Entwurf vorläufig noch abwartend. Die rechtsstehenden Blätter unterstellen nicht, in letzter Stunde an die Einmütigkeit der „affilierten Experten“ zu appellieren, die Transferkonzepte für vollkommen überflüssig zu erklären.

Ob die Regelung als günstig oder als ungünstig für Deutschland anzusehen ist, läßt sich vorläufig noch nicht beurteilen. Denn die Frage des Transfers ist es im wesentlichen eine Quantitätsfrage. Einfließen weiß man oder noch nicht darüber, welche Summen für die Kommerzialisierung, also für den transferierbaren Teil der Annuitäten in Betracht kommen. Der Begriff der Kommerzialisierung, mit dem die Franzosen händel arbeiten, ist ohnehin recht unklar. Man kann darunter drei verschiedene Dinge verstehen:

Erstens die Platzierung der Reparationspulschuldscheine auf dem internationalen, insbesondere auch auf dem amerikanischen Kapitalmarkt. Die Summen, die hierfür in Frage kommen, sind vorerst nicht allzu groß und die Zinsen für den Teil der Reparationen würden sich wohl ohne große Gefahr transferieren lassen.

Zweitens die Ablösung der späteren Jahresleistungen der internationalen Schulden, etwa der Annuitäten 1920 bis 1928, durch Vorauszahlung mit deutschen Reparationspulschuldscheinen. Hierzu ist selbstverständlich die Einwilligung Amerikas erforderlich, und ob sie gegeben wird, läßt sich nicht voraussagen.

Drittens die Ablösung der innerfranzösischen Anleihen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgenommen worden sind, durch deutsche Reparationspulschuldscheine. Ob hierzu das französische Sparspublikum geneigt ist, weiß man noch nicht. In jedem Falle würde es sich bei dieser dritten Lösung um eine sehr hohe Summe handeln, die alljährlich zu transferieren wäre.

Am Montag soll die Vollkonferenz dem noch einmal überarbeiteten Entwurf über Zustimmung erteilen. Doch werden noch Wochen darüber vergehen, bis schließlich in welcher Zeit und in welcher Höhe die Kommerzialisierung der Reparationen vor sich gehen kann.

Zwischen Faschismus und Demokratie

Von

Immanuel Birnbach

Beiratskammer der „Vossischen Zeitung“

* Barzham, im Februar

Die Kreise, die heute in Polen regieren, machen es den Anhängern einer internationalen Verständigung im Ausland nicht gerade leicht. In Deutschland treten bekanntlich gerade die demokratischen Parteien am nachdrücklichsten für den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages und eine Politik der Entspannung zwischen Berlin und Warschau ein. Auch in England läuft Justiz neuerdings heftigst Anlehnung an die Ideen der bürgerlichen Liberalen und Arbeiter-Parteien, die heute in Opposition stehen, aber bei den Parlamentarissen dieses Jahres die Mehrheit erringen können. In seiner letzten Barzhamer Rede rühmte der Leiter der polnischen Volkspartei bisher bereits wieder einmal den jahrelangen aus dem internationalen Erörterungen verstandenen Einbruch des Genies Protokolls über Sicherheit, Abrüstung und Schiedsgericht, den MacDonald und Herriot vorgeschlagen hatten, als sie beide gleichzeitig Ministerpräsidenten ihrer Länder waren. Während der junge Polensakt draußen also um die Sympathien der englischen, französischen und deutschen Demokraten steht, treten in seiner Innenpolitik immer häufiger antidemokratische Kräfte hervor.

Der Vorgang dieses Vorfalles kann man von der Verbindung der nationalen Widersprüche, die rund um die Verteilung des Landes bilden, ganz absehen. Die Ministerienfrage wird ja demnach vor dem Väterland endlich einmal in der Breite aufgeteilt werden. Aber selbst der eigenen Nation sucht die Gruppe hoher Offiziere und Beamten, die im Namen des Warschauer Volksbundes seit dem Jahr 1920 in Polen die tatsächliche Macht in Händen hat, ihre demokratischen Rechte immer mehr zu verengen. Der neue Verfassungsentwurf, den die Volksbündler-Anhänger vor kurzem im polnischen Parlament eingebracht haben, ist geradezu ein Musterbeispiel systematischer Durchdringung gewisser Bestandteile, die seit einigen Jahren in der realistischen Kreise einer ganzen Reihe von Ländern aufgetaucht sind. Der Führer der Volksbündler im Warschauer Parlament, Oberst Głowacki, hat zwar erklärt, daß damit nur die eigentlich unpolitische Form der Demokratie verewlicht werden solle. Der deutsche Leser aber wird sich durch diese Volksbündler-Propaganda eigentlich ein gewisses Vorurteil gegen feiner heimischen Politiker aus der Gruppe Eugen-Berg-Claf erinnert fühlen, die zwar wieder als urechtsgel gelten wollen, aber beinahe auf daselbst hinauskommen.

Man würde dem Verfassungsentwurf des polnischen Regierungsbüros allerdings nicht gerecht werden, wenn man ihn schlagwortmäßig als „faschistisch“ abtut. Mit der grundsätzlichen Ablehnung von demokratischem Wahlrecht und parlamentarischer Kontrolle, mit der brutalen Verherberung der Gewalt, mit dem polnischen Volk, das politisch länger als ein Jahrhundert in der Tradition der Freiheitskämpfe gegen die Selbstherrlichkeit des russischen Zaren erzogen worden ist, durchaus nicht kommen. Der neue Verfassungsentwurf hält daher an allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältniswahlrecht zum Parlament fest, für die Wahl der Abgeordneten um einen Jahre erhöht wird. Er sieht für die Stellung des Staatsoberhauptes, die bisher, nach französischem Muster, durch das Parlament bestimmt wurde, eine allgemeine Volkswahl durch die Wähler vor. Die demokratische Form bleibt also durchaus nicht auf den höchsten Anfangsstadium des neuen Staatsorganismus beschränkt, während die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Die breiten Massen werden auch mit direkten Wahlen — des Sejm, des Senats, des Staatspräsidenten — beschäftigt, bei denen, abgesehen von den ihnen jetzt bestehenden Unerschwerlichkeiten einer einstimmigen Volksversammlung und einer partiellen Beteiligung der Wahl-Masse, alle wohlberathenen Staatsbürger ohne Unterschied des Besitzes, der Bildung, des Geschlechts und der Nationalität gleichberechtigt bleiben. Gleichzeitg werden aber praktisch die freien Entscheidungsmöglichkeiten der Wähler und die Bewegungsfreiheit der Volkstreuer durch eine geschickte Nichtsentscheidung sofort eingeschränkt, daß tatsächlich die heute am Auserbestimmten Widerstand durch keine noch so große Volksmehrheit aus der Gewalt verdrängt werden kann, daß die jetzigen Inhaber der höchsten Staatsämter viele weitere nach ihrer eigenen Entscheidung weiterverrichten können. Was Heber hat einen solchen Zustand „Gleichkonstitutionalismus“

Die Aktion Stresemanns

Einkerbung des Zentralvorstandes der Volkspartei / Wird sie einkernen?

Ministerpräsident Braun hat gestern den presselichen Zankbroschen erklärt, daß er keine Aktion für erledigt ansehe. Die Deutsche Volkspartei hatte das Angebot des Bundesamtsministeriums und die Kombination einer Personalunion des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius abgelehnt, und das Zentrum wiederum hatte die Verwirklichung der Aktion, die Personalunion durch einen Zentralvorstand zu ermöglichen — der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Gieseler als Reichswirtschaftsminister — abgelehnt. So war der Ministerpräsident der Auffassung, daß er von sich aus keinen neuen initiativen Schritt machen könne.

Damit sind aber noch nicht alle Hoffnungen auf das Zusammenkommen einer Mehrheit der Großen Koalition in Preußen und im Reich völlig ausgehen. Denn Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, der sich mit dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Braun einverstanden erklärt hat, legt seine Aktion fort, und man kann als Gesamteindruck feststellen, daß noch immer mit Hochdruck gearbeitet wird, um Parlament und Reichsregierung arbeitstüchtig zu machen.

Gestern nachmittag ist der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei zusammengetreten.

Es beschloß in der letzten Abendstunde, die nachgegebene politische Haltung der Partei, den Zentralvorstand, für Dienstag einzuberufen. Der Zentralvorstand war es, der fernsteht die Forderung nach gleichzeitiger Regierungsübernahme im Reich und in Preußen aufgestellt hatte. Die Einkerbung hat den Zweck, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für diese Forderung noch gegeben sind. Wenn, wie man wohl erwarten darf, der Zentralvorstand angesichts der unerschütterlichen Lage in Preußen die Forderung nach Gleichzeitigkeit der Regierungsübernahme stellen läßt, so wäre ein sehr wichtiges Signal für die Große Koalition im Reich aus dem Tage gedrängt.

In politischen Kreisen hat man jedenfalls den Eindruck, daß Dr. Stresemann seine ganze Autorität, die er in der Partei genießt, einsetzt, um eine politische Lösung der ungelieblichen Rolle herbeizuführen. Nicht nur im Parteizentrum, sondern als Staatsmann glaubt er alles daransetzen zu müssen, um zu verhindern, daß durch eine Ablehnung des Parlaments und der Reichsregierung die deutsche Gesamtpolitik auf eine tiefe Bahn gerät. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei Stresemann mit einem ungewöhnlichen Interesse. Auf je allein ist es zurückzuführen, wenn man noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben hat, daß über den Heiligen Reichstag in den Fraktionsgruppen noch der politische Staatsgott der Sieg davonzieht.

Es hat bereits keinen Zweck, heute schon Erwägungen darüber anzustellen, was zu geschehen bleibt, wenn auch die Aktion Stresemanns mißlingen sollte. Es ist im Mindesten davon auszugehen worden, daß der Reichstag, wenn die Deutsche Volkspartei eine ausweichende Lösung im Reichslande unmöglich macht, den Zentrum die Zielvorstellung einzuräumen mußte, auf die es nach seiner Parteifähigkeit Anspruch zu erheben hätte. Wir glauben nicht, daß der Reichstagler irgendwelche Entscheidungen in diesem oder einem anderen Sinne bereits gefaßt hat, sollte aber die Volkspartei, die sich aus dem Gleichgewicht zu Preußen verziehen, so wäre es dem Reichstagler ein berechtigtes Vorrecht sehr erleichtert.

Ein volksparteiliches Kommuniqué

In später Nachtstunden wurde ein volksparteiliches Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, der Parteivorstand habe den Zentralvorstand einzuberufen, weil „die Verständigung einer großen Mehrheit des Reichslandes über die zu erzielenden finanziellen Maßnahmen und die Vereinfachung einer Einheitspolitik gegenwärtig einigen unzulässigen Anforderungen an die Vertrauensfähigkeit des deutschen Volkes gefunden werden müsse. Seine Zeit ist weniger geeignet zur Herbeiführung von Reizungen.“